Nr. 558. 39. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Mittwoch, 2. November 1910

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Kampf um die persönliche Freiheit.

Vor dem Gesetze sind alle gleich, aber gewiß — in der Theorie. In der Praxis, im Klassenstaat der gottgewollten Abhängigkeiten, macht sich die Sache ein wenig anders. Die Rechtspflege, die für die gleichmäßige Anwendung der Gesetze bürgen sollte, ist ein Luxusartikel. Wer drei Rechtsanwälte, sechs Sachverständige und zwölf Gutachter zahlen kann, ist natürlich dem überlegen, der mit seinen Mitteln haushalten muß. Eine Säule der staatlichen Ordnung, geschmückt mit funkelnden Ordenssternen und verziert mit flammenden Titeln, macht auf die blinde Frau Themis und ihre Gefolgschaft denn doch einen ganz anderen Eindruck, als etwa ein armer Teufel in zerknittertem Hemd oder g. flicktem Rock. Obwohl Frau Themis samt ihrer Gefolgschaft allemal sehr entrüstet tut, wenn als etwas Selbstverständliches festgestellt wird, daß es im Klassenstaate natürlich nur Klassenjustiz gibt und geben kann. Das würde ja wohl im umgekehrten Klassenstaate der Zukunft nicht anders sein. Nur würde da der, des Revisionismus verdächtige „Stehkragenproletarier" die schlechtere Aussicht haben gegenüber dem das Endziel „hochhaltenden" Mann der schwieligen Faust.

Bis die beiden Klassenstaaten, der der Gegenwart und der der Zukunft, ihren Streit miteinander ausgemacht haben, müssen wir uns in dieser mittelmäßigen Welt einrichten, so gut es geht. Und weit verbreitet ist glücklicherweise immer noch die Meinung, es könnte beträchtlich besser gehen, als es gegenwärtig geht. Wenn wir nur erst einmal die letzten Exerzitien des Feudalstaates abgestreift hätten! Wenn nur erst die Achtung vor der persönlichen Freiheit Gemeingut aller derer geworden wäre, die sich sonst für respektable Staatsbürger, Stützen der weltlichen Ordnung und Anwärter auf die besten Plätze im Himmelreich halten. Aber mit dieser Achtung sieht es leider noch recht windig aus, und das nicht nur in Ostelbien. Es ist erstaunlich, wofür die führenden Männer der deutschen Erwerbsstände immer Geld im Ueberfluß haben! In erster Linie wohl für Denkmäler der Art, wie sie im lieben Deutschland fabrikmäßig erzeugt werden und zu Hunderten herumstehen. Dann auch für Opfer irgendeiner elementaren Katastrophe in Hinterindien oder Innerameriko. Da ist man „vornehm" und „großzügig". Nur wenn es sich um die eigenen Angestellten handelt, ist man in denselben Kreisen nicht selten von einer geradezu krämerhaften Engherzigkeit und Kleinlichkeit. Handelt es sich darum, dem einzelnen das bißchen Bewegungsfreiheit unverkümmert zu lassen, das ihm die theoretische Gleichheit vor dem Gesetze „verbürgt", so sieht man den Mann der deutschen Weltwirtschaft vor der Tür! Und dann wundert man sich noch, daß in Deutschland immer noch die Erben jener Herrenkaste herrschen, für die der Mensch erst beim „Herrn von" anfing und das „Bauern- und Bürgerpack" als eine ihnen von Gott zur Ausbeutung überlassene Sklavenherde galt? Wozu gründet man Bauernbünde und Hansabünde, wenn man nicht den Mut hat, der Theorie von den „gottgewollten Abhängigkeiten" das Recht auf persönliche Freiheit der Bewegung, im Rahmen der Gesetze, entgegenzustellen?

Ein Zeichen dafür, wie schlecht es in Deutschland noch um die Achtung vor der persönlichen Freiheit bestellt ist, ist die fortschreitende Organisation der abhängigen Stände. Als die Arbeiter damit anfingen, standen ihnen die Gebildeten, die gleich ihnen von der Hand in den Mund leben, noch vielfach fremd und verständnislos gegenüber. Heute sind sie ihnen in vollem Umfange gefolgt, und diese Bewegung ist weit davon entfernt, zum Stillstand zu kommen. Die Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts, die Techniker, die Bankbeamten, um nur ein paar Gruppen herauszugreifen, haben sich auf breiter Basis in Formen organisiert, die ihr Vorbild der Gewerkschaft entlehnen. Sogar bis in die kühlen Kreise der Professorenschaft war die Bewegung vorgedrungen! Ueberall regt und erhebt sich das Standesbewußtsein zur Abwehr von Bestrebungen, die die Bewegungsfreiheit des einzelnen einengen und lahmlegen möchten, um dadurch kleinliche und meist recht zweifelhafte Profite für sich herauszuschlagen. Der soziale Friede wird ein schöner Traum bleiben; diese Bewegung, die von unten kommt, wird nicht nachlassen; Deutschland wird das Paradies der Feudalherren bleiben, solange man sich auf den Höhen von Handel und Industrie nicht zu der Erkenntnis durchringen vermag, daß auch der Besitz verpflichtet. Daß, wer einem anderen die Arbeitskraft abkauft, ihm doch die Freiheit lassen muß, über sich selbst zu verfügen und seine Lage zu ändern und zu verbessern, soweit dem gesetzliche Hindernisse nicht im Wege stehen.

Als letzte sind seither die Schauspieler in die fortschreitende Bewegung der Standesorganisation eingetreten. Je ferner sie sich vordem gerade dem politisch-öffentlichen Leben gehalten hatten, um so mehr mußte man darauf gefaßt sein, daß es dabei nicht ohne Uebertreibungen und Fehlgriffe abgehen würde. Der theatralische Zukunftsstaat, der uns von temperamentvollen Rednern nun wiederholt geschildert worden, scheint fast ein ebenso unbehaglicher Wohnort werden zu sollen, wie der sozialistische Zukunftsstaat. Dafür braucht man nicht blind zu sein, und man braucht auch nicht zu verkennen, daß im Theaterbetriebe nicht nur die Arbeitnehmer unter veralteten Bestimmungen und bösen Gewohnheitsrechten zu leiden haben. Den sittlichen und sozialen Kern der Schauspielerbewegung aber wird man für genau so berechtigt halten müssen wie bei den anderen Erwerbsständen auch. Wer aus dem Augenblick heraus schaffen soll, was Tausenden ans Herz greift, darf nicht in jedem Augenblicke, zu den natürlichen Lasten des alltäglichen Lebens auch noch die Last einer unwürdigen Abhängigkeit fühlen!

In ähnlicher Lage — so sollte man meinen — wäre eigentlich auch der deutsche Journalist. Dem allem jedoch scheint nichts abzugehen. Er hilft emsig den anderen Ständen, sich zu organisieren — nur sein eigenes Standesbewußtsein hat er noch nicht entdeckt. Wenn ihn ein hoher Staatsbeamter einen grünen Jungen schimpft, der noch nicht trocken hinter den Ohren sei, und wenn ein Minister dem hohen Staatsbeamten attestiert, daß habe er in berechtigter Erregung gesagt — so finden sich immer „Kollegen", die nichts dagegen einzuwenden haben, weil doch sie unmöglich gemeint sein könnten! Der fleißige Journalist aber geht hin und pflegt das Standesbewußtsein, indem er alljährlich einen Ball und ein Konzert veranstaltet. Und er ist tiefbeglückt und fühlt sich hochgeehrt, wenn hohe Staatsbeamte und Minister diesen Veranstaltungen die Weihe ihrer Anwesenheit schenken. Dann reibt der Journalist sich beseligt die Hände und merkt nicht, wie hinter ihm der Tempelhüter des Klassenstaates auftaucht, der preußische Landrat, dem schier andächtig zumute wird, als ob er die Hände aufs Haupt ihm legen sollt', dem braven, deutschen Journalisten, „betend, daß Gott ihn erhalte so rein und schön und hold".

Rücktritt des Kabinetts Briand.

Gestern abend ist in Paris, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, eine offiziöse Note ausgegeben worden, die besagte, daß im Laufe des Nachmittags die Minister Viviani und Millerand Briand einen Besuch gemacht hätten, und daß Briand unmittelbar danach in das Elysée gegangen sei, um dem Präsidenten Fallières Bericht zu erstatten. Einige Zeitungen folgerten heute daraus, daß bei dem heutigen Ministerrat auch Millerand seinen Wunsch zu erkennen geben werde, das Kabinett zu verlassen; andere hielten es sogar für wahrscheinlich, daß Briand seine Kollegen dazu bewegen werde, gemeinsam mit ihm zu demissionieren. Die Voraussage hat sich schnell bewahrheitet. Ein Privat-Telegramm meldet uns:

L. Paris, 2. November, 11 Uhr 30 Min. vormittags.

Im heutigen Ministerrate wurde auf Briands Vorschlag beschlossen, daß das gesamte Kabinett seine Demission geben solle.

Präsident Fallières wird, im Hinblick auf das Vertrauensvotum, das die Kammer eben erst Briand votiert hat, den Ministerpräsidenten vermutlich mit der Neubildung des Kabinetts betrauen, und es ist möglich, daß die neue Regierung, aus der die Herrn Briand unbequemen Männer ausgeschieden sind, sich bereits morgen der Kammer vorstellen kann. Welche Aufnahme aber dieses zweite Kabinett Briand im Parlament finden wird, darüber dürften auch die wohlwollendsten Beurteiler des Ministerpräsidenten einigermaßen im Zweifel sein.

Gerüchte von einer Revolution in Spanien.

In der vergangenen Nacht hat der Telegraph Gerüchte über den Ausbruch einer Revolution in Madrid ins Ausland geschickt, die man vielleicht vor wenigen Wochen kaum beachtet hätte. Durch die Ereignisse in Portugal und die bekannte innige Verbindung zwischen den republikanischen Führern gewannen sie an Bedeutung, obschon die Aussichten auf das Gelingen eines Revolutionsversuches in Spanien weit geringer sind als in dem westlichen Nachbarland. Die beunruhigende Meldung lautete:

London, 2. November. Der „Daily Telegraph" verzeichnet in seiner zweiten Ausgabe unter Vorbehalt das Gerücht, daß in Madrid eine Revolution ausgebrochen ist.

Man kann indessen jetzt schon mit einiger Sicherheit behaupten, daß zum mindesten die Nachricht von dem erfolgten Ausbruche revolutionärer Unruhen unbegründet sind. Bis zur Stunde ist nach unseren Erkundigungen weder auf der spanischen Botschaft, noch auf dem spanischen Generalkonsulat in Berlin, noch bei der „Deutschen Bank" oder der „Dresdener Bank", den beiden deutschen Bankhäusern, die die regsten Beziehungen mit Spanien unterhalten, noch bei den mit ihnen in Beziehung stehenden französischen Firmen die

Berliner Weltausstellung.

Von

Fritz Stahl.

Für alle, und es sind nicht wenige, die eine deutsche Weltausstellung für notwendig halten und überzeugt sind, daß sie nirgends anders als in Berlin stattfinden kann und darf, bedeuten die Meldungen über Aeußerungen des Kaisers zu dieser großen Frage eine schwere Enttäuschung. Man wußte wohl, daß die Bewegung für eine Berliner Weltausstellung, die vor einigen Jahren auf einen Anstoß von dieser selben Stelle her begonnen hatte, durch eine Entscheidung des Kaisers zum Stehen gebracht worden war. Aber man glaubte, das bedeute nur eine Ablehnung des Zeitpunktes, als den das Jubiläumsjahr des Kaisers, das Jahr 1913 vorgeschlagen war, nicht aber der Sache selbst. Es scheint, daß man sich geirrt hat, und daß der Kaiser die Berliner Weltausstellung überhaupt für nicht möglich hält.

Man kann nämlich nicht sagen, daß er sie, wie seine Ausführungen vielfach aufgefaßt worden sind, nicht will. Willensäußerungen in Dingen, in denen er nach Lage der Verhältnisse absolut zu entscheiden hat, pflegt der Kaiser nicht zu begründen. In diesem Falle aber hat er seine Meinung bemahe „übermotiviert", wie die Dramenkritiker sagen.

Die Aeußerungen des Kaisers, von denen ich spreche, sind in Brüssel getan worden. In einer Unterhaltung mit dem Manne, der als Reichskommissar für eine Berliner Weltausstellung wohl zuerst in Betracht käme, dem Geheimrat Albert, der dieses Amt für die deutsche Ausstellung in Brüssel bekleidet hat. Der Bericht hat freilich keinen Dialog, sondern nur einen Monolog gegeben. Hat Geheimrat Albert wirklich nicht geantwortet?

Jedenfalls ist es durchaus notwendig, daß diese Antwort erfolgt. So will ich denn, um nun schon noch einmal die Theatersprache anzuwenden, die Stichworte aufnehmen und wenigstens der Oeffentlichkeit sagen, was dem Kaiser hätte gesagt werden müssen.

„... Die Industrie ist ausstellungsmüde."

Für die Berliner Industriellen und Kaufleute gilt das nicht, sobald eine Berliner Weltausstellung in Frage kommt. Ich weiß von ihren Führern, daß sie mit Begeisterung ans Werk gehen werden, wenn die Regierung zu erkennen gibt, daß sie die Idee nicht mehr ablehne.

„... Gerade die schwere Industrie der rheinischen Provinzen würde nicht mitmachen, wie sie schon in Brüssel nicht mitgemacht hat."

Die deutsche Maschinenindustrie hat in Brüssel einen riesigen Erfolg gehabt. Sie kann also auch ohne die Rheinländer und Westfalen eine Weltausstellung machen. Aber ist wirklich anzunehmen, daß diese gewiegten Geschäftsleute zum zweiten Male den Beweis gestatten würden, ihre Produkte seien nicht unentbehrlich?! Gewiß, sie möchten lieber nicht, denn eine solche Ausstellung kostet viel Kraft und Zeit, und sie möchten am wenigsten in Berlin. Aber sie werden müssen. Und so steht es am Ende für die meisten Firmen auch bei der Beschickung fremder Weltausstellungen, bei denen das Deutsche Reich immer so rückhaltlos mittut, und für die es sehr gewaltsam an die patriotische Opferfreudigkeit und an die Furcht vor der Konkurrenz appelliert.

„... Berlin ist nicht geeignet."

Aber es gibt keine andere Stadt in Deutschland, die nur die Möglichkeit hat, den Menschenzustrom, den eine deutsche Weltausstellung zu uns führen würde, unterzubringen, die Fremden zu verpflegen und, was doch nun einmal auch praktisch unentbehrlich ist, zu amüsieren.

„... Es liegt außerhalb der eigentlichen Welttouristenroute, und alle Versuche, Berlin zu einer Fremdenstadt zu machen, scheitern an seiner geographischen Lage."

Aber wirklich nicht. Berlin ist eine Stadt, die ebenso viele Fremde passieren sieht wie irgend eine andere. Die Amerikaner, auf die es doch zumeist ankommt, betrachten, an die Entfernungen der „Staaten" gewöhnt, überhaupt Europa als eine Einheit. Die Reise Paris—Berlin, wenn sie eher nach Paris als nach Berlin kämen, ist für sie ein Abstecher ohne Bedeutung. Aber die Fremden von Distinktion kommen noch nicht, oder sie bleiben nicht in Berlin. Und hat wirklich noch niemand dem Kaiser den wirklichen Grund dafür gesagt? Nur deshalb, weil in der Periode des Jahres, die den größten Verkehr bringt, Berlin keine Saison hat. Alles schließt und, vielleicht für die Amerikaner das Wichtigste: der Kaiser geht fort; sie sehen ihn in Kiel oder in Wiesbaden. Im Juni eine Berliner Woche mit besonderen Veranstaltungen auf allen Gebieten der Kunst und des Sportes unter Teilnahme des Hofes, und Berlin ist Fremdenstadt. Die Weltausstellung wäre die beste Gelegenheit, es als solche zu lancieren. Vielleicht die einzige.

„... Seit dem Verkauf des Tempelhofer Feldes verfügt die Weltstadt Berlin nicht mehr über das nötige Terrain."

Gewiß bedauern mit dem Kaiser alle guten Berliner diesen Verkauf sehr. Aber als der Kaiser vor ein paar Jahren die damals wenigstens in Berlin mit einmütiger Freude begrüßte Anregung zu einer Weltausstellung 1913 ablehnte, war das Tempelhofer Feld noch zur Verfügung. Und es ist auch heute noch nicht bebaut (abgesehen davon, daß es noch nicht einmal sicher ist, ob der Verkauf rechtsgültig ist). Wenn Kaiser und Reich wollen, so kann es unmöglich schwierig sein, ein Abkommen zu finden, nach dem das Feld, bevor es der Bebauung erschlossen wird, der Weltausstellung dient.

Aber es gibt auch andere Möglichkeiten. Eine Weltausstellung bedarf doch einer Arbeit von vielen Jahren. Ist ein Terrain für sie bestimmt, so wird es an den Schnellbahnen nicht fehlen, die es mit der Stadt verbinden. Ja, wie Berlin im ganzen, so bedarf geradezu auch der Schnellbahnverkehr eines solchen Anstoßes. Vorläufig geht alles auf diesem Gebiet im Zuckeltrott.

Das ist ungefähr, was gesagt werden mußte. Und gerade in diesem Falle, wo der Kaiser durchaus nicht peremptorisch, sondern erwägend und zweifelnd gesprochen hat, war eine solche Widerlegung jedes einzelnen Grundes Pflicht dessen, der sein Ohr hatte.

Novitätenkonzerte.

Von

Dr. Leopold Schmidt.

Im dritten Symphonieabend der königlichen Kapelle führte Richard Strauß die drei Orchesterstücke „Nuages", „Fêtes" und „Sirènes" auf, die Claude Debussy unter dem Namen „Nocturnes" vereinigt hat, und stieß damit bei einem Teil der Hörer auf Opposition. Oskar Fried ließ im zweiten Gesellschaftskonzert der Musikfreunde das